

Die „Volkswoche“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/8, durch die Post und durch Telegraphen zu beziehen. Preis vierzehn Pf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7288.

Volkswoche

für Schlesien, Böhmen und die Nachbargebiete.

Telephon

Nr. 451.

Organ für die werkhafte Bevölkerung.

mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühre beträgt für die einspolitische Partei oder deren Stamm 20 Pfennige, für Vereine und Versammlungsvereine 10 Pfennige. Insertate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr bei der Expedition abgegeben werden.

Telephon

Nr. 451.

Nr. 138.

Freitag, den 16. Juni 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Die Denkschrift zur Zuchthausvorlage

ist eine so tendenziöse Mache, daß es schier unbegreiflich ist, wie sich die Regierung davon irgend eine Wirkung versprechen kann. Es ist einfach unerhört, wie auf den 107 Seiten dieses Heftes mit einer fast an Cynismus grenzenden Behaglichkeit aus Berichten von Polizisten u. c. ein Ragout zusammengeworfen ist, aus dem die Notwendigkeit einer Anwendung der Zuchthausvorlage gegen die deutschen Arbeiter hergeleitet werden soll. Um den Schein der Häufigkeit von Streikereignissen zu erregen, werden manche Aussände bis zu 30 Mal in der Denkschrift angegeben; immer wieder sind es der Hamburger Hafenarbeiterkrieg, der Bergarbeiterstreik, der Leipziger und Bielefelder Maurerausstand und der Arbeiterstreik in Lauterberg, die herhalten müssen. Alles, was irgendwie Polizisten in einer Versammlung oder auf der Straße aufgeschnappt haben, wird als wahrste Thatfache breit vorgetragen, was die streikenden Arbeiter in ihren Tätigkeiten u. c. über die Verhältnisse niedergelegt haben, das wird verschwiegen; was irgend ein Streikbrecher vor Gericht zusammenlängt, das ist nachgewiesen, wenn aber ein Streikender vor den Schranken steht, dann ist das ganz etwas anderes.

Bezeichnend für die Auffassung der Bürokraten von dem, was mit den Streiks zusammenhängt, ist folgender auf Seite 39 sich findender Satz:

„Größere Ordnungsstörungen, Zusammenläufe, Bedrohungen u. c. wurden bei den Stuttgarter Ausständen von den Streikleitern in der Regel mit Bedacht vermieden, um den Schein des Gesetzlichen zu erhalten.“

Man merkt ordentlich den Vergleich heraus, daß die Streikleiter Ungefehlkeiten vermieden haben, und um ihnen doch eins anzuhängen, sagt man, das sei mit Beobachtung geschehen, um den Schein der Gesetzmäßigkeit zu wahren. Ja, ist denn das nicht Gesetzmäßigkeit? Aber wenn man eben eine Zuchthausvorlage machen will, unter allen Umständen machen will, dann muß man der Logik eben des Gesetzes umdrehen. Darum: Begehen die Streikenden Ungefehlheiten, so macht man es ihnen zum Vorwurf; begehen sie keine, dann thun sie es nur zum Schein. Das ist eine so unerhört lächerliche Argumentation, daß ein nicht selbst auf die Zuchthausvorlage erpichter Minister den Geheimrat, der solches fertig bringt, einfach zum Teufel jagen würde.

Während aber den Arbeitern selbst aus ihrer Gesetzmäßigkeit ein Strich gedreht werden soll, findet sich in der ganzen Denkschrift auch nicht ein einziger Satz, der auf Ungefehlheiten aufmerksam mache, die von Unternehmern gegen Arbeiter begangen worden sind — so etwas scheinen die Polizei und Staatsanwälte nie gehört zu haben. Aber was irgend ein armer Teufel von Arbeiter einmal verbrochen hat, das wird in zehnfacher, hundertfacher

Weise von dieser Denkschrift zu dem geplanten Ausnahmegesetz vorgetragen, von allen Seiten beleuchtet und bis ins Kleinste ausgemalt. Das Vergleiche aber ist wohl, daß den Gerichten gradezu ein Vorwurf daraus gemacht wird, wenn sie gewissenhaft gepflegt und auch einmal einen Angestellten, den Polizei und Staatsanwälte verdonnert sehen wollen, freigesprochen haben. Mit solchen Waffen kämpft man heute gegen die deutsche Arbeiterschaft, die, mögen die Scharkmacher sagen was sie wollen, im Großen und Ganzen musterhaft diszipliniert, ruhig und gesittet ist, gerade dort, wo die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sie geschult haben.

Aber so geht es, wenn „Material gesammelt“ wird, das etwas von vornherein bei den Regierungen bestehen soll. Das Material sollte die Notwendigkeit des Zuchthausgesetzes beweisen, deshalb mußte es so illustriert. Danach wurde gleich, wie der „Vorwärts“ richtig hervorhebt, die Method eingerichtet. In der Posadowsky'schen Rundfrage nahm die Fragestellung die Antwort schon vorweg. Graf Posadowsky fragte: Ist es häufiger unternommen worden, Arbeiter durch körperlichen Zwang, Drohung u. s. w. zur Einstellung der Arbeit, den Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen, ohne daß es sich dabei um Übertretungen nach § 152 der Gewerbeordnung handelt, so daß eine Bestrafung nicht eintreten konnte? Ist das Strafmaß des § 153 auch bei schwereren Vergehen ausreichend gewesen? Sind neue gesetzliche Maßnahmen nötig, um der Anwendung unerlaubter Mittel zur Durchführung der Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten? Besteht insbesondere ein Bedarf, bei Ausständen arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren besser zu schützen? Sind Diejenigen zu strafen, welche, um Andere von der Aufnahme der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen u. s. w.?

Diese Fragestellung erforderte im Reime jede Möglichkeit, den Thathabitus objektiv festzustellen. Parteiisch zugespitzt war die Fragestellung, von Vorurtheilen erfüllt waren die Auskunftsgeraden — einseitig und parteiisch muß folglich das Ergebnis sein.

Aus dem Gesichtspunkt des Zentralverbandes der Industriellen wurde die Rundfrage übernommen. Die organisierten Arbeiter wurden nicht nur nicht gefragt, sie galten von Anbeginn als der böse Feind, der erwürgt werden sollte. Es wurde nicht gefragt, aus welchen Ursachen Streiks entstehen. Es wurde nicht gefragt, mit welchen Mitteln die Unternehmer die Arbeiter terroristen und ob strafgesetzliche Bestimmungen gegen den Unternehmerterrorismus nötig seien. Es wurde nicht gefragt, ob nicht die etwaigen Ausschreitungen streikender Arbeiter nur die Folgen der Missthaten sind, die das Unternehmertum an den Organisationsbestrebungen der Arbeiter verübt.

So mußte die Denkschrift das werden, was sie ist. Sie bildet ein denkwürdiges Dokument der sozialpolitischen Rückständigkeiten und Vorurtheile maßgebender Kreise, der vollständigen Unfähigkeit dieser Kreise, von den Kämpfen des Zeitalters ein Geringstes zu begreifen.

Jeder, der ernsthaft bemüht ist, den wirklichen Thathabitus der Verhältnisse, aus denen die Regierung die Notwendigkeit ihres Gesetzes erweisen will, kennen zu lernen, muß darum, so behont der „Vorwärts“ mit Recht zu der Forderung gelangen, daß vor Beratung der Vorlage die Regierung beauftragt werde, ihre Material sammelnd von Neuem zu beginnen und zwar in anderer Art, als sie es bisher gethan. Es ist zu verlangen, daß von allen in der Denkschrift vorgebrachten Prozeßfällen die richterlichen Erkenntnisse beigebracht werden, wodurch das staatsanwaltschaftliche und polizeiliche Schauergemälde bereits eigenartig beleuchtet werden wird. Sobald sind in allen den Fällen, wo Arbeiterorganisationen beteiligt waren, von deren Vorständen Gutachten über Ursache und Verlauf der Ausschreitungen einzubolen.

Endlich ist bei sämtlichen deutschen Gerichten eine Sammlung derjenigen gerichtlichen Untersuchungen vorzunehmen, welche wegen angeblicher Vergehen oder Übertretungen im Zusammenhang mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter, also z. B. wegen Sperrverhängung, Streikpostenausstellens und anderen „groben Unfugs“ eingeleitet worden sind.

Erst wenn die Regierung dieses Material beigebracht hat, sind ehrliche Politiker in der Lage, sich über die Fähigkeit oder Notwendigkeit irgend eines Paragraphen der Zuchthausvorlage eine Meinung zu bilden. Auf Grund des jetzigen Tendenzmaterials müßte jeder gewissenhafte Abgeordnete des Reichstags das Eintreten in eine Beratung über die Vorlage von vornherein ablehnen.

Die Kanalvorlage im Landtag!

Aus Berlin schreibt unser parlamentarischer Korrespondent: Im Abgeordnetenhaus gab es heute eine ordentliche Überraschung. Die Entscheidung über die Kanalvorlage ist noch nicht gefallen, sondern auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden. Das Zentrum hat diese dilatorische Behandlung der Vorlage durchgesetzt, wieder einmal die Rolle der ausschlaggebenden Partei gespielt und die Regierung gehörig seine große Macht fühlen lassen. Was eigentlich die Gründe waren, die das Zentrum veranlaßten, den Antrag auf Rückversetzung der Kanalvorlage an die Kommission zu stellen, ist noch nicht ganz klar. Daß es nicht nur die in der Begründung des Antrags angegebenen Kompenstationen für Schlesien und Lippe sind, sondern Kompenstationen auf ganz anderen Gebieten, dürfte indeß keinem Zweifel unterliegen. Die Sitzung hatte ganz den Anschein eines sogenannten großen Tages. Das Haus war in allen seinen Theilen ganz ausgelöscht besetzt, mit auf der Rechten waren einige Lüden bemerkbar. Von den 433 Abgeordneten waren, wie sich nachher bei der namentlichen Abstimmung ergab, 400 zur Stelle. Bedeutet man, daß noch einige Mandate durch Tod erledigt sind, so ist das eine ganz außergewöhnlich hohe Präsenzziffer. Auf der Opposition waren die preußischen Ressortchefs mit dem Präsidenten und Vizepräsidenten des Staatsministeriums an der Spitze fast vollständig erschienen, es wimmelte auch von Geheimräthen und selbst die Tribünen — ein seltenes Vor-

Auf zum Protest gegen die Zuchthausvorlage!

Die Rose von Disentis.

Von Detlev Blaesse

5)

„Das Wetter bleibt gut“, bemerkte der Pfarrer, an das Barometer störend. „Das Duschelbier steht beharrlich auf 21 Grad 8 Linien.“

„So niedrig?“ tief Flavian etwas erschauert.

„Weil wir hoch stehen“, beschwichtigte ihn der Witterungskundige, „volle 4066 Fuß über dem Spiegel des Mittelmeeres. Auf der Höhe des Panigerpasses aber werden Sie noch nur 2830 Fuß höher sein.“

„Sie wollen also den kürzesten Weg nach Uri oder Glarus nehmen?“ sagte Prevost, zu Pauline gewendet. „Es ist mir zwar unbekannt, aber jeder Weg in ihrer Gesellschaft gleich angenehm.“

„Es soll nicht gefährlich sein, behauptet der Herr Pfarrer“, erwiderte das Fräulein. „Ich wünschte auch deshalb noch Glarus, weil ich Bekannte der Frau von Rastelberg dort zu treffen hoffe, bei denen ... bei denen die, wollte ich sagen ... mir ist der Name ganz entfallen“, setzte sie erzöhnend hinzu. „Aber nicht wahr, Herr Pfarrer, der Weg ist ohne Gefahr?“

„Vollkommen, vollkommen“, summte der geistliche Herr ein. „Freilich nur Fußwege, doch während des Sommers auch gut für Bisch. Im Jäger-Schlund könnten Sie allerdings noch Schneen finden. Indeß gebe ich Ihnen solide Männer mit, stämmig genug, die Frauen sämtlich auf den Armen hinunter zu tragen. Sind Sie dann einmal an der Gargel vorbei, so haben Sie's überstanden.“

Nach weitläufigen Beratungen, Einwüchen und Widerlegungen entschied sich Fräulein Pauline mutig für das Wagniß durch Schlund und Gargel, infosfern die französischen Pfegefahrt sich andern Tages stark genug fühlen würde.

Diese, zu der sich abwechselnd bald die junge Dienstbotin, bald deren Gebieterin begab, ließ es nicht an Hoffnung dazu fehlen.

35.

Der Brand von Disentis.

Der blendende Goldglanz, der sich am folgenden Morgen um die Eisfirnen der Berge legte, das dunkle Blau des Himmels und die selle Luft weihagten den lieblichsten Mai-tag. Die Saumpferde des Dorfes wurden angeschirrt, Vorräthe von Speisen und Wein für die gesammte Karawane, damit sie nicht in den unwirtlichen Einöden verschmachte, in Fülle aufgepackt. Auch eine Tragbahre wurde mit des Pfarrers Sorgfahl für die Krante künstlich mit starren Seilen verbunden, und Eispornen suchte man zusammen, um sie zur Wanderung über die schlüpfrigen Schneelager den Männern unter die Söhnen zu schenken. Flavian und das Fräulein saßen indessen plaudernd beim Frühstück. Sie schienen immer größeres Gefallen an einander zu gewinnen und einer vom anderen mehr Vertraulichkeit zu wünschen, denn Beide fühlten, indem sie sich näher treten wollten, durch etwas Fremdes sich gehemmt. Paulines Blide hafeten mit einem sonderbaren Ausdruck von Freundschaft und Argwohn forschend auf Flavian und diejetzt richtete hingegen seine Augen mit einer stumm wieberholten Frage auf das Fräulein, einer Frage, welche auszusprechen er den Lippen nicht gestatten

Saßen nur auf ein Viertelstündchen seine Klage, ich stürzte den Coulin de Bi und Cuolmo, Bi; Pales und Gagli, und alle Berge in der Runde auf die französische Höllenbrut zusammen, daß sie selbst am längsten Tage nicht mehr zur Auferstehung hervortrieben sollte.“

„Bist Du reisend, Uli?“ rief Flavian, und sprang erschrocken vom Thöre auf. „In die Luft gesprengt?“

Flavian begab sich mit Pauline hinaus, wo auf der Bank vor dem Pfarrhouse, von einer Menge horchender Menschen umringt, ein junger Bauer mit abgematteten, traurigen Mienen saß. Der geistliche Herr sprach ihm in verschiedenen Bildersprüchen Trost und Mut ein, während er, eine Flasche Cognacwasser in der Hand, das Brannweinglas füllte, um ihn auch leiblich zu stärken.

Der junge Bauer, nachdem er sein Glas geleert hatte, sah sie noch einige Mal tief auf und begann: „Es war gestern, nein, vorgestern, da zog die Heerschafft der Feinde mit Trommelspiel und Mordgeschrei bei uns ein; die Einen gingen weiter, die Andern blieben. Wir wußten nicht, was daraus werden sollte? Ihr hättet aber die stärkerlichen Grenadiergefechter mit den Schnauzbärtigen sehen sollen; jeder war, als wollte er einen Menschen lebendig verschlingen. Nun das war gut. Da holte man den Vorsteher; und der Ausschuss der Gemeinde aufs Rathaus, und der General grüßte sie erst höflich mit dem Tressenhut, dann aber verlangte er zehn- oder zwölfausend Gulden Strafgeld, wegen des Landsturms, welche auf der Stelle gezahlt sein wollten. Aber Gott erbarmte sich! Woher soviel Geld nehmen? Die reichen Herren bei uns werden ja auf und davon. Sie hatten den Krieg angefangen, als es aber zum Raufen kam, zitterten sie ihre Perücken, und wir zückten unsere eigenen Haare heraus. Auch die Klosterherren waren über alle Berge und hatten doch Geischen und Wunder verschrotten.“

(Fortsetzung folgt.)

kannt wird, nicht durch die Aufnahme der hier beantragten Bestimmungen zu gefährden.

Abg. Wurm (Soz.): Es ist selbstverständlich, daß überall da, wo ernsthaft dem Schutze der Arbeiter gedient werden soll, seitens der sächsischen Regierung nicht das Geringste gethan wird. Das einmütige Urtheil aller Sachverständigen geht dahin, daß die sächsische Gewerbeinspektion die schlechteste ist. Beweis dafür ist schon, daß der Kreis der Gewerbeinspektion in Sachsen am allerengsten geöffnet ist. Wir verlangen weiter, daß die Gewerbeinspektoren aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen genommen werden, erst dann werden sie wirklich den Interessen der Arbeiter dienen. In Sachsen geht man aber so weit, daß man es den Gewerbeinspektoren überhaupt verbietet, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten. — Bei dem herrschenden Wahlrecht können wir in den meisten Einzelstaaten nicht hoffen, auf Ausdehnung des Arbeiterschutzes im Interesse der Arbeiter Einfluß zu gewinnen. Daher halten wir unsere reichsgelehrte Regelung der Schutzvorschriften für durchaus notwendig. Der Wirkungskreis dieser hier neu zu schaffenden Beamten soll auch ein besonders großer sein. Er soll sich vor allem auch auf die Betriebe der Hansindustrie und überhaupt auf alle Betriebe erstrecken, die nicht Fabriken im Sinne des Gesetzes sind, deren sanitäre Zustände aber noch sehr viel zu wünschen läßt. Außerdem soll durch unsere Anträge die Selbsthilfegesetz der Aufsichtsbeamten in Bezug auf den Erlass von Schutzvorschriften erhöht werden. Heute haben Sie nur das Recht, die Unternehmer, welche die bestehenden Vorschriften nicht befolgen, zur Anzeige zu bringen und die Gerichte erkennen in solchen Fällen stets auf sehr geringe Strafen. Ich bitte Sie aber, nicht nur immer von Ihrem warmen Herzen für die Arbeiter zu sprechen. Hier können Sie Ihre Arbeiterfreundlichkeit beweisen, wenn Sie für unsere Anträge stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lehr (nati.): Hat 19 Jahre hindurch die Thätigkeit der sächsischen Behörden beobachtet und kann bezeugen, daß die Gewerbeaufsicht nirgends so vorzüglich ist, wie dort, wie schon die Kesselfabrikation beweisen. Der Angriff der Sozialdemokraten beweise gerade, wie richtig die sächsische Regierung handle. (Sturm. Bravo! links.)

Abg. Seidler (Soz.): Leider ist es gewollt gegen den Abg. Wurm. Die Schutzvorschriften würden mehr schaden als nützen.

Abg. Dr. Hesse (Betr.): Wir haben in der Kommission und größtenteils auch im Plenum bei der zweiten Lesung für die Schutzbestimmungen gestimmt; sind aber, da die Mehrheit des Hauses nur einmal dagegen ist, nicht in der Lage, in dritter Lesung die Anträge zu unterstützen, deren Wiedereinführung jetzt nur einen demonstrativen Wert hat.

Abg. Wurm (Soz.): Wenn der Herr Abg. Lehr als Beweis für die Vorzüglichkeit der sächsischen Gewerbeaufsicht die Kesselfabrikation angführt, so hat er damit nur den Beweis geleistet, daß er nichts von der Sache versteht. Die tüchtigsten Aufsichtsbeamten sind gerade darüber einig, daß die Beauftragung mit der Revision der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe hindernd im Wege steht. Der Herr Abg. Seidler hat dagegen die große Zahl der inspizierten Fabriken als Beweis für die Vorzüglichkeit der sächsischen Gewerbeinspektion angführt. Allein die große Anzahl der Revisionen ist kein Beweis für die Güte derselben. Gerade in verschiedenen süddeutschen Staaten, in denen die Gewerbeaufsicht eine gute ist, sind die Revisionen verhältnismäßig viel seltener. Dafür sind es aber eben auch wirkliche und nicht, wie in Sachsen, bloße Scheinrevisionen. Die sächsischen Arbeiter spüren und sehen nichts von der Thätigkeit ihrer Gewerbeinspektion.

Herr Abg. Seidler hat sich ferner zu der Behauptung verfliegen: Die Sozialdemokraten sind selbst Schuld an der Verzögerung des Wahlrechts, weil sie immer mit Abänderungsvorschlägen kommen. Eine kuriose Logik ist mir noch nicht vorgekommen. (Sehr richtig!) Also, weil wir eine Verbesserung fordern, deshalb ist die Regierung zu einer Verschlechterung berechtigt! Mit dem gleichen Recht kann man sagen: Weil ihr eine Vermehrung der Gewerbeaufsicht wollt, deshalb wollen wir sie ganzlich abschaffen. (Heiterkeit.) Herr Seidler hat ferner die Behauptung ausgeschlagen, daß die verschiedenen Aufsichtsbeamten miteinander in Konflikt gerathen könnten. Nun, eine solide Konkurrenz können wir uns schon gefallen lassen. Sie liegt nur im Interesse des sozialen Fortschritts. Ich möchte, es den Händen wirklich ein Wetteifer unter den Aufsichtsbeamten darüber, wie am besten die Gefundheit der Arbeiter zu schützen sei. (Sehr richtig!)

Nun noch ein Wort an Herrn Hesse. Es ist wahr, seine Parteigenossen haben in der Kommission und in zweiter Lesung für unsere Anträge gestimmt. Bei der dritten Lesung aber sind sie umgefallen. Wir hoffen, daß nun auch den katholischen Arbeitern die Augen aufgehen werden über die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Lehr (nat.): Herr Wurm hat mich mißverstanden. Ich habe Sachsen gelobt, weil es seine Kesselfabrikation an technisch gebildete Beamte überwiesen hat.

Abg. Dr. Hesse (Betr.): Von einem Unfall des Zentrums kann nicht gesprochen werden. Die dritte Lesung ist nicht dazu da, um den Standpunkt der Partei darzulegen, sondern um einzuhören, was zu erreichen ist. Der Antrag ist aussichtslos und wie haben keinen Grund, den Agitationssatz einer anderen Partei mitzumachen. Die sozialpolitischen Arbeiter wissen, daß wir Alles getan haben, um das Gesetz für sie vorbehalt zu gestalten. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Seidler (soz.): wiederholt seine vorigen Behauptungen von der Vorzüglichkeit der sächsischen Gewerbeinspektion. Die Gewerbeinspektion in Sachsen hat, wie wir berichtet wird, mit der Kesselfabrikation sehr wenig zu thun, hat daher genügend Zeit zur sorgfältigen Revision der Betriebe.

Abg. Wurm (Soz.): Hätte das Zentrum sich standhaft gehalten, so hätte es Verhandlungen für die Arbeiter durchsetzen können, es hat aber die Fassett gestreift, wodurch ihm eben die Arbeiterinteressen weniger als die der Unternehmer am Herzen liegen. (Sehr richtig! b. Soz.)

Abg. Dr. Hesse (Betr.): behauptet, daß Zentrum habe in der freien Kommission durchgesetzt, was es immer im Interesse der Arbeiter habe durchsetzen können.

Abg. Frankau (nati.): erklärt, daß er als 53-jähriger Mann, der jahrelang selbst die Feile geführt habe, in den Arbeiterverhältnissen Bescheid wisse und im Interesse der Arbeiter selbst gegen den Antrag sei.

Abg. v. Löbel (konz.): spricht gleichfalls gegen den Antrag, weil die bestehenden Vorschriften und Schiedsgerichte genügend seien.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Albrecht wird gegen

die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die weiteren Paragraphen des Gesetzes werden mit einzigen redaktionellen Änderungen debattierlos genehmigt, desgleichen Überschrift und Einleitung des Gesetzes.

Vizepräsident v. Frege schlägt vor, die Gesamtabschaffung über das Gesetz auszuspielen und am Sonnabend oder Freitag vornehmen zu lassen; nimmt indessen auf Wunsch des Abg. Hesse bereit in der heutigen Sitzung die Gesamtabschaffung vor.

Sämtliche Parteien, auch die sozialdemokratische, stimmen für das Gesetz (Bravo), dagegen stimmen unter großer Heiterkeit des Hauses nur die konservativen Abg. Graf Kanitz, v. Dewitz und von Staudt, sowie die welsischen Abg. von Scheele und von Wangenheim.

Damit ist das Invalidenversicherungsgesetz verabschiedet.

Die Beratung über alle vorliegenden Resolutionen wird auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) nach der Vertragung im Herbst vorgenommen werden. Unter denselben befindet sich auch eine von den Sozialdemokraten eingeführte, die die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sowie das Gefinde in die Krankenversicherung einbezogen wissen will.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Der Nachtragsetat wird hierauf in dritter Lesung ohne wesentliche Debatte angenommen, ebenso das Staatsgesetz.

Beim Kolonial-Nachtragsetat beschlägt sich

Abg. Graf Arntz (Rp.) über die zu weit gehenden Konzessionen an gewisse Gesellschaften. Dadurch werde die Kolonisation geschädigt.

Kolonialdirektor v. Buckle erklärt, bei seinem Vorgehen die Mehrheit des Reichstages hinter sich zu haben.

Abg. Müller-Sagan (freis. Rp.) findet, daß verleihte Dinge nicht in die Beratung des Nachtragsetats gehören.

Nach einer Replik des Abg. Arntz wird der Nachtragsetat für die Kolonien bewilligt; ebenso das Staatsgesetz.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Rückreise: Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Handelsprotosorum mit England; Novelle betr. Rechtsverhältnisse in den Kolonien; Handelsabkommen mit Uruguay; Komularvertrag mit Brasilien.)

Schluß 4 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Majestätsbeleidigungssprozeß.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Dienstknabe Röhrer aus Greifswald vor der Strafkammer in Sagard zu verantworten. Die Verhandlungen wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. R., der die inframinierten Neuerungen in angelauktenem Zustande gehalten, wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Beantragt waren 6 Monate.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Landgericht Beuthen unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Arbeiter Konstantin Franekli aus Myslowitz verhandelt. Das Urteil leutete auf 6 Monate Gefängnis.

Das Reichsgericht verwarf die Revision der Angeklagten im Simplizissimusprozeß, nämlich des Kunstmalers Th. Ch. Heinrich, der wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis und die Druckereibesitzer Hesse u. Becker, die wegen fahrlässiger Preszvergehen zu je 300 Pf. Geldstrafe vom Landgericht Leipzig am 19. Dezember 1898 verurtheilt worden waren. Die Verhandlung über die Revision fand unter volligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Arbeiterbewegung.

Ausgesperrt waren am Mittwoch Abend in Berlin 1442 Maurer der zentralen, etwa 800 der lokalen Richtung, insgesamt mit den übrigen Maurern ca. 2400 Mann. Die Vororte sind hierbei nicht eingerechnet, wo die Maurer gleichfalls ausgesperrt wurden, obgleich sie keine Forderungen gestellt haben. Eine Einigung zwischen den beiden Arbeiter-Organisationen ist erzielt.

Der Berliner Steinsekerkreis beschäftigte am Mittwoch erstmals das Eingangsamt. Nochmals wurde ein Vergleich angezeigt. Die Vertreter der Arbeiter nahmen sofort den vorgeschlagenen Vergleich an; die Unternehmer lehnten ihn aber rundweg ab.

Der Maurerkreis in Dresden dauert unverändert fort. Zur Kontrolle haben sich noch 670 gemeldet, abgereist sind 892, zu neuen Bedingungen arbeiten einige über 1100 bei 81 Unternehmern. Zugang ist gering, trotzdem die Unternehmer Agenten in Böhmen und Schlesien in Massen haben.

Borst i. L. Der Maurerausschank endete mit einem vollen Sieg der Arbeiter. Sie erlangten zehnstündige Arbeitszeit und 35 Pf. Stundenlohn. Maßregelungen werden nicht vorgenommen.

Die Tischler streiken in Burg bei Magdeburg. Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern sind erfolglos verlaufen.

Der Tischlersstreik in Mainz ist durch einen Vergleich zwischen der Organisation der Meister und der Lohnkommission beendet worden. Die Meister billigen 9 $\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeit und 25 Prozent Zuschlag für Überstunden zu. Die Gejellten ließen die Forderung eines Minimalstundlohnes von 96 Pf. fallen.

Der Antwerpener Diamantschliffereibesitzer hat auf seiner Generalversammlung einstimmig beschlossen, am 19. Juni einen Gesamttausstand aller Diamantschliffereien zu veranlassen und die Arbeitgeber sofort von diesem Beschuß in Kenntnis zu setzen.

Aus aller Welt.

Ein Attentat auf den braunschweigischen Minister Hartwig, hatte, wie das "Berlin Tageblatt" aus Braunschweig meldet, den Bedell Rahmer der herzoglichen Oftersheimer-Kommission bedroht, er wurde aber noch vor der Ausführung des Verbrechens verhaftet. Man fand bei dem Manne einen geladenen Revolver vor. Rahmer erklärte, daß es seine Absicht gewesen sei, den Minister zu tödten, weil er keine Gehaltszehrung erhalten habe.

Der Affenläster. Aus Wiesbaden wird berichtet: Tritt bei am Drostenstand beim Kurhaus dieser Tage ein eleganter Herr auf ein Gefäß zu, das durch seine Neuheit amenehm in die Augen

sie: „Ach, Kutschler, machen Sie mal den Affenlasten auf!“ Der Kutschler kommt blesierteig der Kutschförderung nach, öffnet den Wagenkloß und bemerkt in verblüfftem Tone: „Bitte, wollen Sie Herr Affe einsteigen.“ Entsetzt rief der schnellige Herr nun schleunig nach der Polizei, während die übrigen Kutschler ihrem schlafertigen Kollegen im Wortgefecht assistirten. Das Publikum amüsierte sich, der Kavallerie verzichtete auf die Fahrt im Affenlasten und verschwand schließlich geräuschlos, ohne auf der Gedenkblüte zu helfen.

Durch eine Dynamit-Explosion in der Annahäuser Grube zu Gran in Ungarn wurde ein Gruberarbeiter getötet. Ein zweiter verlor das Auge.

Schiffungslud. Der englische Dampfer "Hamilton", der sich auf der Fahrt von New-York nach Norfolk und Newport News befand, stieß Dienstag Abend im Nebel bei Long Branch mit dem Hamburger Dampfer "Macedonia" zusammen. Die "Macedonia" wurde so schwer beschädigt, daß sie nicht mehr auf den Strand gelegt werden konnte und zwei Wellen von Seabright sank. Die Passagiere und neunzehn Mann der Besatzung wurden von dem "Hamilton" aufgenommen. Der Kapitän, der zweite Offizier, die übrigen drei Passagiere und der Rest der Mannschaft rettete sich in einem Boot. Der "Hamilton", der ebenfalls starke Beschädigungen erlitten hatte, kehrte nach New-York zurück.

Bei Übungen mit einem Feuerballon im römischen Fort Monte Mario rissen in Folge eines heftigen Sturmes die Selle. Ein Geniesoldat wurde 500 Meter emporgerissen und stürzte dann am Albersee niedcr, wo er als formlos flasche gefunden wurde. In der Grotte befanden sich ein Offizier und zwei Soldaten. Der Ballon erreichte eine Höhe von 3000 Metern. Später lenkte er sich bis auf 3 Meter. Die Insassen sprangen ab und trugen schwere Verletzungen davon. Der Ballon flog weiter nach Norden.

In Folge eines heftigen Sturmes ist auf der Wolga der große Personendampfer "Magara" unter Eichenholz auf unten liegenden Steinen gesunken. Über 120 Personen fanden den Tod in den Wellen.

Bon den Briefkästen. Die Chinesen haben ein eigenartiges Mittel erfunden, um die Brieftauben gegen die Raubvögel zu schützen. Dieses Mittel besteht in einer sehr leichten Pfote, die aus Bambusrinde gefertigt und auf dem Rücken der Taube befestigt wird. Bei dem Fluge ist diese Pfote im Gang, und setzt die Sperber, Hühnergeier und andere Raubvögel in Schrecken.

Briefkästen.

v. R. Margarethenstraße. Ein besonderes sächsisches Heimatgelehrte erklärt unseres Wissens nicht.

G. R. Sie sind zur Zahlung der Gemeinde-Einkommensteuer in der veranlagten Höhe verpflichtet. Eine Reklamation würde erfolglos sein.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 15. Juni.

Heirath - Anklage gegen I. Arbeiter Alfred Matz, Friederich-Wilhelmstraße 35, und Johanna Lustig, ebenda. - Angeklagter Robert Bas (Pausch), Leuenhainstraße 7, und Martha Fahrmann, Leuenhainstraße 7. - Dreher Richard Hahn, Kuregasse Nr. 27, und Anna Lindner, Nikolaistraße 28/29. - Haushälter Friedrich Thuns, Weizgerbergasse 26, und Anna Bittner, ebenda. - Klempnermeister Robert Gabriel, Berliner Chaussee 38, und Clara Hahn, Katharinenstraße 18. - Brauer Julius Kräuse, Brüderstraße 3, und Franziska Appel, Herrenstraße 16. - Metalldrucker Hermann Wolf, Berlinerstraße 49, und Marie Müller, Voigenerstraße 89. - Schlosser Ernst Matzbrunn, Weidenstraße 7, und August Urruh, Bimpel. - III. Arbeiter Robert Wotol, Matthäusstraße 177, und Pauline Germann, Friedbergerstraße 15. - Müller Joseph Schulz, Friedensburgstraße 1, und Anna Küller, geb. Geiß, Matthäusstraße 150. - IV. Kutschler Ernst Walter, Leipzigerstraße 24, und Marianne Koska, Holzstraße 14. - Disponent Richard Schulz, Gartenstraße 15/17, und Rosa Nerlich, Lützowstraße 10. - Müller Karl Bohn, Friederichstraße 56, und Elisabeth Koch, Leuenhainstraße 8.

Geurten. I. Schneidermeister Albert Strzelecki, L. - Weichensteller Heinrich Bönnig, L. - Arbeiter Johann Kalle, S. - Haushälter Bernhard Ledler, L. - Schauspieler Max Schröder, L. - Haushälter Hermann Winkel, L. - Stellmacher Ernst Kauder, S. - Modell-Tischler Paul Wunderlich, S. - Stellmacher Michael Lüschow, L. - Haussdiener Albert Gogol, L. - Bädermeister Hermann Negwer, S. - Schlosser Paul Schlaupitz, S. - Schneidermeister Julius Wagner, Zwillinge (2 Töchter). - Schneidermeister Gustav Menzel, S. - Malermeister Richard Jentzsch, L. - III. Fleischermeister Alfred May, S. - Maurerpolier Karl Wattle, L. - Gärtn. August Graf L. - Arbeiter August Bierel, L. - Kaufmann Joseph Hilbrich, L. - Müller August Weller, L. - Haushälter Richard Vogt, S. - Volksschullehrer Georg Endräch, L. - IV. Schlosser Paul Panke, L.

Todesfälle. I. Gertrud, L. des Kutschers Theodor Hampel, 5 Mon. - Gertrud, L. des Arbeiters Albert Storck, 6 Mon. - Fräulein Schneiderin Louise Böder, 62 J. - Verwitt. Arbeiterin Caroline Kielich, geb. Büscher, 61 J. - Arbeiter Robert Röder, 35 J. - Led. Luise Latussek, Bergstr. 1. - II. Schuhmachermeister August Freyer, 83 J. - Wilhelm, S. des Kutschers Carl Przybyla, 6 Mon. - Carl, S. des Arbeiters Carl Küllig, 10 J. - Arbeitersfrau Auguste Pölle, geb. Müller, 31 J. - Lehrerin Margaretha Bräuer, 38 J. - Carl, S. des Tischlers Carl Dösch, 1 J. - Maurice Gustav Günther, 29 J. - Knecht August Kubale, 38 J. - Steinzeug-Betriebsmeister Paul Rachtewy, 41 J. - Schneidermeister Carl Gerlach, 45 J. - Schneidermeister Friederich, geb. Schubert, 38 J. - Kutschler Robert Stach, 46 J. - Tischlerschwester Sophie Scholz, geb. Wolff, 71 J. - Charlotte, L. des Arbeiters Wilhelm Pichelslog, 2 Mon. - Sepätradlergräfin Karoline Herda, geb. Jersch, 67 J. - Alfred, S. des Arbeiters Franz Knorr, 8 Mon. - Arbeiter Adolf Gottwald, 40 J. - Walter, S. des Maurers Reinhold Otto, 4 Mon. - Dresdnermeister Adolf Schall, 52 J. - Kutschler Julius Lassen, 70 J. - Zimmermannswirtin Dorothea Otto, geb. Halbdröher, 58 J. - IV. Früherer Maurer Gottfried Stengel, 73 J. - Fabrikarbeiterin Luise Humann, geb. Münnich, 26 J.

Liegnitz-Volksverein.

Montag, 19. d. M. Abends 8 Uhr.

Bersammlung.

Tages-Ordnung:

Grosses Gartenfest im Volksgarten

am Sonntag, den 18. Juni, veranstaltet vom
Sozialdemokratischen Verein.

Konzert, Gesang, Ball, Kinderbelustigungen.

Größtes u. billigstes Hut- und SchirmLAGER von Gustav Nowak,

Friedrich Wilhelmstr. 77
(Ecke Königsplatz. 4909)

Ausnahme-Offerte.

Verkauf zu streng festen, unerreicht billigen Preisen.

Herren-Anzüge

aus elegantesten Stoffen aus halibarem Baumwoll-Satin 10, 15, 20 Mark.

Herren-Anzüge

aus Streichgarn, Baumwolle, Melton 25, 25, 27 Mark.

Herren-Anzüge

aus den besten Qualitäten 20, 25, 25, 27 Mark.

Herren-Mäntel

aus praktischen Stoffen 7, 10, 12 Mark.

Herren-Mäntel

aus Loden, Cheviot usw. 15, 18, 20 Mark.

Herren-Mäntel

mit durchweg sehr zähmtemen Pelzlinien 23, 26, 30, 33 Mark.

Herren-Paletots

in besserer Verarbeitung aus Cheviot, Satins 10, 13, 16 Mark.

Herren-Paletots

aus Diagonal, Streichgarn 18, 20, 24 Mark.

Herren-Paletots

bis zu den feinsten Garneis 25, 28, 32, 35, 40 Mark.

Schul-Anzüge

aus nur tragbaren Stoffen 7,50, 10, 13, 15 Mark.

Knaben-Garderoben

in unstreitig größter Auswahl von billigsten bis besten Gütern.

Knaben-Leibchenhosen

aus Stoffen verschieden in allen Größen nur 1 Mark.

Die Billigkeit der oben angeführten Preise ist nicht ohne daran anzuführen, daß diese Artikel, wie vielfach anderweitig, minderwertige Ladenhäuser sind und eigens zu Nellone-Zwecken angefertigte Namensware, sondern nur, weil wir in Folge unseres Engros-Geschäftes größten Erfolg in der Lage sind, selbst zu fabrizieren und durch bedeutende Umstände beispiellos billig zu sein.

Gebr. Taterka,

Breslau, Ring 47.

Infolge verbesserten Betriebes sowie äußerst vortheilhafter Einkäufe von Rohmaterialien sind wir in der Lage, in dieser Saison unsere

best renommierten, hocheléganten

H. Gerstel,

gerichtl. vereid. Schneider für
Gardinen und Vorhänge -
regelmäßig, leicht
Malzweite 27.

Herren-Anzüge.

Stile IV. 15.00 Mk.

: III. 19.00 .

: II. 21.00 .

: I. 27.50 .

die zu der hocheléganten

Zimmer- oder Speises-

Specialität:

Bräutigams-

Anzüge.

Die jüngste

Gerber-Auslage.

Gebrüder Sachmann

Breslau

Schwarzwaldstr. 59

- 5112 -

Auszug aus meiner neuesten

Sommer-Preisliste

Damen- & Herren-

Stiefel

z.B. heimes leichles Ledel

Mk. 5,-

dieselben elegant. Ledel

6,-

mit Ledel

7,-

z. Rindleder

7.7,-

z. Stieleder

8.5,-

z. Knopf-Stiefele

6.5,-

hocheliger Sommer-

Stiefele Mk. 6.50

mit Ledel beigelegt

7.5,-

z. Rindleder

8.5,-

z. Stieleder

9,-

z. Knopf-Stiefele

6.5,-

z. prima Rindleder

8.5,-

z. Knopf-Stiefele

8,-

z. Knopf-Stiefele

8.5,-

z. Knopf-Stiefele

9,-

z. Knopf-Stiefele

6.5,-

z. Knopf-Stiefele

1.25,-

z. Knopf-Stiefele

1.85,-

z. Knopf-Stiefele

2.5,-

z. Knopf-Stiefele

4.50,-

z. Knopf-Stiefele

5,-

z. Knopf-Stiefele

3.50,-

z. Knopf-Stiefele

4,-

z. Knopf-Stiefele

5.50,-

z. Knopf-Stiefele

1.25,-

z. Knopf-Stiefele

Beilage zu Nr. 138 der „Volksmacht“.

Freitag, den 16. Juni 1899.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 16. Juni 1899.

Die Protestbewegung in Schlesien

ist in vollem Gange. Von heute ab kommen in Breslau

60 000 Flugblätter,

herausgegeben von der Generalkommission deutscher Gewerkschaften zur Vertheilung. Für die Provinz sind bisher

105 000 Flugblätter

zur Verbreitung gelangt. In Posen wurden 8000 Flugblätter auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. 1000 waren bereits verbreitet.

Versammlungen

sind an folgenden Orten statt:

In Breslau	am 19. Juni; Referent Bergmann.
"	am 19. Juni; Referent Abg. Baudert.
"	am 20. Juni; Referent Abg. Baudert.
"	am 23. Juni; Referent Abg. Bueb.
"	am 24. Juni; Referent Abg. Bueb.
In Ohlau	am 17. Juni; Referent Stadtv. Schütz.
Glogau	am 17. Juni; Referent Stadtv. Bruhns.
Schönlanke	am 17. Juni.
Posen	findet am Sonntag, den 18. Juli, ein Massenausflug statt.
" Sie	am 19. Juni; Referent Gen. Keller.
Goldberg	am 24. Juni; Referent Stadtv. Schütz.
Wartshau	am 25. Juni; Referent Stadtv. Vogtherr.
Bunzlau	am 28. Juni; Referent Stadtv. Bruhns.
Ergnitz	2 Versammlungen.
Freiwaldau	am 1. Juli; Referent Stadtv. Bruhns.
Neustadt O.S.	am 9. Juli; Referent Gen. Löbe.

Zu allen Versammlungen sind nicht nur die Mitglieder der Gewerkschaften, sondern alle Freunde des

freien Konsortiumsrechts

ohne Rücksicht auf politische und religiöse Überzeugung eingeladen.

Weitere Versammlungen werden in den nächsten Nummern bekannt gegeben. Schon stattgefunden haben Protestversammlungen in folgenden Orten: zwei in Breslau, eine in Striegau, eine in Langenbischau.

Auch die Hirsch-Dunkel'schen Gewerkevereine veranstalten in einer Reihe von schlesischen Städten, so in Görlitz, Eignitz, Glogau, Protestversammlungen. In Breslau gaben die Nationalsozialen für Montag, den 19. Juli eine Protestversammlung mit Herrn v. Gerlach als Referenten anberufen.

Arbeiter Schlesiens, wahrt Eure höchsten Rechte, Eure wichtigsten Interessen!

Achtung Holzarbeiter!

Die Werkstallendekirten und alle diejenigen, die uns bei der Agitation für die am Montag den 19. stattfindende Protestversammlung unterstützen wollen, werden ersucht, Sonnabend Abend auf der Heinrichstraße 5, Margarethenstraße 2 und Burgfeld 14 das nötige Material in Empfang zu nehmen.

Die Lohnkommision.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Gestern ging es „fort in sausendem Galopp“. Herr Dr. Körner, der stellvertretende Vorsteher, ließ mit erstaunlicher Geschwindigkeit „auarbeiten“. Nicht weniger wie 28 Vorlagen — allerdings von durchaus unerheblicher Bedeutung — wurden in wenigen Minuten erledigt, indem der Herr Vorsteher zunächst antrug, obemand dazu reden wolle (Referenten eingezogen) und als sich dafür keine Neigung zeigte, die Annahme der Vorlagen mangels Widerspruchs konstatirte. Nicht bei allen Vorlagen ging es freilich so glatt, mehrere gaben vielmehr zu längeren Debatten Anlaß, großes Interesse vermochten aber diese Debatten nicht zu erwecken. Die vorgeschlagene Verwendung der Sparkassenüberschüsse empfahl der Referent, Stadtv. Biller, ohne Weiteres zur Annahme, Stadtv. Jünger aber suchte eine Summe von 3000 Mark für die Volksbibliotheken auch in diesem Jahre herauszuholen. Dagegen wehrte sich der Herr Stadtkulturb. Dr. Pfundtner, der seine 300,000 Mark Spar- sachenüberschüß für den Schulhausbaufonds nicht um einen Penny verkürzt sehen möchte. Herr Jünger drang leider auch durch, Herr Dr. Pfundtner ist seiner Sache aber auch noch nicht ganz gewiß, denn die Vorlage wurde zunächst dem Finanzausschuß überwiesen.

Das Vängerten wurde debattiert über den Antrag des Wahlverfassungsausschusses, den Magistrat um Aufstellung eines Statuts oder einer Geschäftsordnung für diejenigen Deputationen, Kuratoren u. zu erüthern, die bisher eines solchen entbehrt. Der Magistrat resp. Herr Oberbürgermeister Beder hatte offenbar keine große Lust, diesen Wunsch zu erfüllen, da er von der Erfüllung derselben bureauratliche Lähmung der freien Initiative dieser Verwaltungskörper befürchtete, ließ sich dann jedoch überzeugen, daß es sich hauptsächlich um die Schaffung einheitlicher Grundsätze für die Zusammensetzung dieser Deputationen u. handele und versprach „wohlwollende Erwägung“. Recht lange unterhielt man sich auch darüber, ob das zukünftige Moltkedenkmal auf dem Matthiaseplatz oder an der Kaiser-Wilhelmstraße aufgestellt werden sollte. Es wird unsere Leser nicht sehr interessiren, daß es bei letzterem Platze verbleiben soll.

Zum unbesoldeten Stadtrath wurde richtig Herr Auras gewählt, freilich mit sehr knapper Mehrheit. Es geht eben doch manche Stadtvater, die nicht der Meinung sind, daß die für einen Magistratsposten erforderlichen Fähigkeiten und Erfahrungen schon mit dem Amt kommen müssen.

Die gestrige Sitzung wurde vom stellvertretenden Vorsteher Sanitätsrat Dr. Körner geleitet. Als Beisitzer wurden die Stadtv. Klee und Laube berufen.

Irenhaus. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß a) bei der Verwaltung des städtischen Irenhauses vom 1. Juli e. eine Amtsleiterstelle mit den im Statut des laufenden Jahres für diese Stellen vorgesehenen Bezügen neu geschaffen und b) das baare Gerät auf die Zeit vom 1. Juli b. J. bis 31. März f. J. mit 900 Mark aus dem Hauptzcoordinarium der Kämmerei des laufenden Staatsjahres entnommen werde.

Der Berichterstatter, Stadtv. Dr. Reich, begründet in längerer Ausführung den Magistratsantrag. Bei der Neueinrichtung des ärztlichen Dienstes in dem städtischen Irenhaus nach dem Ausscheiden der klinischen Aerzte aus dem Stallionsdienst des Irenhauses wurde angenommen, daß neben dem dienstlichen Aerzte und dem Oberarztes zwei Amtsleiterstelle ausbrechen würden, allerdings vorausgesetzt, daß die Einstellung eines Volontärarztes zur Entlastung der übrigen Amtsärzte führen würde. Trotz mehrfacher Ausschreibung hat es sich gezeigt, daß Volontärärzte am städtischen Irenhaus nicht zu erlangen sind, weil diesen bei den Provinzialanstalten bessere Einnahmen und günstigere Aussichten für die Zukunft geboten werden. Der Betrieb im Krankenhaus läßt sich aber mit dem etablierten vier Aerzten nicht aufrecht erhalten, denn die Zahl der schwer Geisteskranken und die vielen Neuaufnahmen erschweren den ärztlichen Dienst ungemein. Trotz der vorgeschlagenen Vermehrung kommen immer noch mehr Kräfte auf jeden Arzt, als in den übrigen städtischen Krankenhäusern. Die Vorlage wird genehmigt.

Geschäftsordnung für Verwaltungskörper. Nach einem Antrage des Wahl- und Verfassungsausschusses soll dem Magistrat eine Nachweisung der von der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden Deputationen, Kuratoren überantwortet werden, besitz Erfragung, ob für diesenigen Verwaltungskörper, welche eines Statuts oder einer Geschäftsordnung entbehren, eine solche aufzustellen ist. Der Berichterstatter Heige begründet kurz den Antrag. Oberbürgermeister Beder sagt eine Prüfung der Sache zu. Stadtverordneter Heilsberg führt aus, der Antrag wolle nur, daß ein Plan in die Zusammensetzung der Deputationen gebracht werde. Das sei selbstverständlich, daß nicht ein Blatt Papier, sondern der Geist in den Deputationen hervorrufen müsse. Diesen Gesichtspunkt bitte er den Magistrat zu beachtfälligen. Stadtverordneter Bubula hat für die Frau-Akkuratur-Deputation eine Initiative vermitzt. Nach weiterer Debatte gelangt der Ausschuss

Mitgliedung des Ausschusses. Zur vollständigen Herstellung des Ausschusses ersucht der Magistrat um Bewilligung von 20,880 Mk. Der bei den Häusernauten übrig gewordene Boden ist zur teilweisen Ausfüllung des Platzes verwendet worden, der nun geschaffene Zustand bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem seither. Der gegenwärtige Antrag bezweckt, daß Straßenläden regulirt und mit alten Steinen ordnungsmäßig gepflastert werden, daß promenadenartige Bürgersteige mit Bordsteinen, Ziegelschlag und Klebeschleuder bzw. als Spielplätze festigt werden, und daß die Promenaden-Verwaltung Rasen- und Baumplantagen in einfacher Art herstellt. Stadtv. Seyde bringt Vorschläge, welche durch den Kleinbahnhof entstehen, zur Sprache. Stadtv. Rohr ersucht den Magistrat, den Waterlooplatz ebenso zu umwandern, wie den Mauritiusplatz. Der Referent Stadtv. Ritter I bittet um Genehmigung, welche ausgesprochen wird.

Antrag des Ausschusses I. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: die Zahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder um eins zu vermehren. Der Berichterstatter, Stadtv. Simon, begründet den Antrag mit der zunehmenden Arbeit und ersucht um Zustimmung, welche ausgesprochen wird.

Betrag der Wahl eines unbesoldeten Stadtrathes.

wurden 61 Stimmettel abgegeben, von denen 6 ungültig waren. Es erhielten Stimmen Stadtv. Auras 32, Stadtv. Seyde 18, Stadtv. Bühn 2, Stadtv. Schürgmann 2, Stadtv. Bubula 1. Stadtv. Auras ist somit zum unbesoldeten Stadtrath gewählt. Schluß der Sitzung 6½ Uhr.

Zur Breslauer Landtagswahl schreibt die ultramontane „Schlesische Volkszeitung“: „Die hiesige sozialdemokratische „Volksmacht“ stellt fest“, daß die sozialdemokratischen Wahlmänner in einer Stunde vor dem Wahlgang stattgehabt, polizeilich überwachten Zusammenkunft selbst beschlossen haben, nachdem vorher mit über großer Mehrheit die einmütige Wahl der freisinnigen Kandidaten beschlossen war — jedem Wahlmann 5 Mark zur Deckung von Auslagen aus der eigenen Wahlkasse zu zahlen.“ Es muß doch im höchsten Grade auftreten, daß das sozialdemokratische Organ das er jetzt mit einem Male „feststellt“, während unseres Wissens die Sozialdemokraten bis dahin es sorgfältig vermieden haben, Erklärungen über die Geldzahlung zu geben. Sie behandeln die Angelegenheit wie eine Sache, von der man nicht gern spricht.

Wir stellen demgegenüber fest, daß wir sofort am Tage nach der Wahl, in der Nummer 259 unseres Blattes vom 4. November 1898 gegenüber der unwahren Behauptung der „Schles. Volkszeitung“, die sozialdemokratischen Wahlmänner hätten je 8 Mark ausgezahlt erhalten, erklärt, daß unsere Wahlmänner, die allesamt arme Arbeiter seien, aus ihrer eigenen Wahlkasse für den 14-jährigen Aufenthalt in einem öffentlichen Local ein beiderleihter Beitrag für ihre Reisekosten bezahlt wurde. Die „Schlesische Volkszeitung“ hat also auch hier wieder die Unwahrheit gesagt.

Sozialdemokratische Versammlungen und Konzessionsverweigerung.

Der Bezirksschulrat zu Breslau sah in seiner Sitzung vom 15. Juni betreffend des Konzessionswesens eine Entscheidung, die von großer Bedeutung ist. Vielfach sind die Wirths in Breslau der Meinung, daß, wenn sie ihre Räume zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben, sie bei Konzessionsgesuchen Schwierigkeiten ausgesetzt seien. Erst neulich hat ein Wirth von der Friedrich-Wilhelmstraße aus Furcht, es könnte ihm die Erweiterung seines Schankbetriebes aus diesem Grund mißlingen, sein Lokal für die Maiwähler nicht zur Verfügung gestellt. Diese Besorgniß ist den Wirthen durch die Entscheidung genommen.

Nach § 33 der Gewerbeordnung kann zum Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften, vorausgesetzt, daß das Bedürfnis vorhanden ist, die Erlaubnis nur dann versagt werden, wenn gegen den Nachsuchenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Böllerei, des verbotenen Spiels, der Hohlerei oder der Unbilligkeit missbrauchen werde. Gestuft auf diese Bestimmung ist dem Gastwirth Vogt in Ratzendorf, Kreis Glatz, der für das Gathaus „Goldenes Kreuz“ in Landec die Konzession nachzuholen, sowohl von der Gemeinde wie vom Kreisausschuß die Erlaubnis versagt worden. Es wurde dem Petenten zur Last gelegt, daß er einmal wegen Duldens von Hazardspielen bestraft sei, und daß er in dem von ihm betriebenen Gathause in Ratzendorf sozialdemokratische Versammlungen gehalten habe. Hierin wurde der Thatsatz der Unzulässigkeit gefunden. Der Gastwirth legte gegen die Entscheidung Berufung beim Bezirksschulrat ein. Der Bezirksschulrat verlegte im ersten Termine die Sache. Es sollte ermittelt werden, welchen Umfang die sozialdemokratischen Versammlungen hatten. Der Amtsadvokat sollte darüber Auskunft geben. Diese Auskunft lautet folgendermaßen: Der als sozialdemokratischer Agitator bekannte Schuhmachersgeselle G. habe in dem Gathouse des Klägers zwei Versammlungen für Männer und Frauen abgehalten. Die Versammlungen hätten allgemeines Aufsehen erregt. Wenn auch Herr Vogt der Charakter der ersten Versammlung nicht bekannt gewesen sein mag, so wußte er doch, um was es sich bei der zweiten Versammlung gehandelt habe. Gegen die patriotische Gesinnung des Petenten, auf die der Antragsteller sich bezogen, hatte der Amtsadvokat nichts anzuzeigen. Der Bezirksschulrat hob die Verteidigung auf und erzielte die Konzession. Die Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen könne bei Baurtheilung der Streitfrage nicht in Betracht gejogen werden, da sie gegen § 33 der Gewerbeordnung nicht verstößt. Auch bietet die einmalige Bestrafung wegen verbotenen Spiels keinen ausreichenden Grund zur Verjährung der Erlaubnis.

Dinglicheitsantrag. Ein dem Stadtverordnetenversammlung gehöriges 82 Quadratmeter großes in der Gardestraße gelegenes Grundstück soll für den Preis von 9000 Mark angekauft werden. Das Grundstück grenzt an den Mauritiuskirchhof. Die Kirchengemeinde beansprucht einen Geräthe- und Leichenwagengrund zu erbauen mit der Brandmauer nach der Straße zu ziehen. Diese Brandmauer würde das an dieser Stelle unschöne Straßenbild noch mehr verschärfen. Es soll nach Ankauf des Grundstückes ein Ausgang mit der Kirchengemeinde stattfinden, und auf das an der Straße gelegene Terrain eine Arbeiterschulgasse über ein kleines Brausbad gebaut werden. Durch diesen Bau würde die die genannte Gegend entstellende hohe Brandmauer verbaut, und so ein schönes belebtes Straßenbild gewonnen. Stadtv. Lemke meint, daß der Magistrat den berücksichtigten Zweck nicht erreichen wird, eine Schule sei nicht so hoch, um die häusliche Brandmauer zu bedecken, vielleicht liege sich ein Gebäude aufzufinden, in welches man die in der katholischen Volksschule untergebrachte Pfeishalle verlegen könnte. Der Referent Stadtv. Brüggog, beantragt trotz des hohen Kaufpreises die Annahme der Vorlage, was bewilligt wird.

* **Wochenbericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau.** In der Berichtswoche vom 4. Juni bis 10. Juni 1899 sind 59 Eheschließungen gemeldet worden. In der Vorwoche wurden 266 Kinder geboren. Davon waren 224 männlich, 42 weiblich, 257 lebend geboren (125 männlich, 132 weiblich), 9 todgeboren (2 männlich, 7 weiblich). Einschließlich der nachträglichen Geburten sind 180 Sterbefälle (92 männlich, 88 weiblich) in der Berichtswoche vorgekommen. Todesursachen: Schlag 3, Brüsten und Röhren — Stoff —, Diphtherie 1, Grippe 1, Diphtheriefebris 1, Reuchhusten 1, Unterleibsdiphtherie —, Sude —, Diphtheriefebris 5, Magen- und Darmkatarrh 15, andere akute Darmkatarrhe 1, akuter Gelenkheumatismus —, andere Infektionskatarrhe —, Krebs 18, Gehirnenschlag 9, Krämpfe 7,

